
Newsletter Juni 2019

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 6
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 15
Neu in der Bibliothek.....	S. 19
Am rechten Rand.....	S. 20
Bildnachweise und Impressum.....	S. 24

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

der befürchtete Erdrutschsieg extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien bei der Europawahl ist ausgeblieben. Dennoch nehmen sie im neuen Europaparlament mehr Sitze ein als bisher. In Italien konnte die Lega des Innenministers Salvini rund ein Drittel der Stimmen auf sich vereinen, in Frankreich feiert Rassemblement National (RN) um Marine Le Pen einen knappen Sieg, in Ungarn setzte sich Viktor Orban mit Fidesz klar durch, in Schweden verzeichneten die Schwedendemokraten Gewinne und in Polen gewann erwartungsgemäß die PIS. Alle Parteien setzten auf die Mobilisierung von Ressentiments und eine Politik der Schließung.

In Deutschland allerdings hatte sich die AfD mehr erhofft als die 10,6 Prozentpunkte (die sich bezogen auf die verschiedenen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich verteilen). Andreas Zick, der seit Jahren zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit forscht, sieht eine Ursache darin, dass das Feindbild Migration weniger mobilisiere als in früheren Jahren und so die Bedrohungsszenarien weniger wirksam seien. Eventuell sei es auch hilfreich gewesen, „dass es endlich eine Allianz anderer Parteien gegen Rassismus und andere Feindseligkeiten gab“, so der Bielefelder Professor in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst.

Was das Ergebnis für Köln bedeutet, bleibt noch auszuwerten. Ein erster Blick zeigt jedoch, dass die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen ungefähr denen der Bundestagswahl 2017 entsprechen (S. 20). Die neonazistischen Parteien konnten kaum irgendwo Erfolge verbuchen. Die NPD verliert ihren Sitz im Europaparlament und

damit einen weiteren Einnahmeposten. Im Wahlkampf hatte die Partei mit dem Plakat „Migration tötet“ geworben. Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Dresdens erfüllt dies den Straftatbestand der Volksverhetzung. Das Gericht gab damit der Stadt Zittau recht, die die Plakate aus dem öffentlichen Raum hatte entfernen lassen. Die Wahlwerbung weiterer Organisationen stieß ebenso auf Widerspruch. Das bewusst an Laternenpfählen angebrachte Plakat „Reserviert für Volksverräter“ von „Der III Weg“ führte in München zu Bußgeldbescheiden, der Bamberger Oberbürgermeister stellte eine Strafanzeige. Auch gegen „Die Rechte“, die mit dem Slogan „Israel ist unser Unglück“ geworben hatte, gab es Anzeigen. In verschiedenen Städten, wie in Bochum und Lünen, wurden die Plakate durch die Behörden entfernt. In einer Erklärung, die u.a. der Verein EL-DE-Haus e.V. unterzeichnet hatte, wurde der Spruch als Variation einer NS-Parole verurteilt, die an „die nationalsozialistische Aufhetzung zum Judenhass und zur Vernichtung anknüpfe“ (S. 15).

Ich darf Sie zuletzt noch auf unsere neue Sonderausstellung „Albert Speer in der Bundesrepublik“ hinweisen, die ab dem 7. Juni im NS-DOK zu sehen sein wird und in deren Rahmen erneut ein interessantes Begleitprogramm auf die Beine gestellt wurde (ab S. 2). Ich hoffe, Sie finden in diesem Newsletter darüber hinaus weitere wertvolle Hinweise auf Veranstaltungen und Aktivitäten.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Öffentliche Führungen im Juni 2019

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Führungen mit Oliver Meißner zu folgenden Terminen:

Donnerstag, 6. Juni 2019, 18.30 Uhr (KölnTag)
Freitag, 14. Juni 2019, 15 Uhr

Treffpunkt:
Kasse EL-DE-Haus

Führungsgebühr:
fällt nicht an

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (am Donnerstag, den 6.6.2019 ist KölnTag: Freier Eintritt für Menschen mit Wohnsitz in Köln)



Albert Speer in der Bundesrepublik Vom Umgang mit deutscher Vergangenheit Ausstellungseröffnung, Donnerstag, 6. Juni 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Albert Speer war in der NS-Zeit als erster Architekt des Reiches verantwortlich für Großprojekte wie das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und die Umgestaltung Berlins. Er zählte zu Hitlers engsten Vertrauten, 1942 wurde er Rüstungsminister. 1946 verurteilten ihn die Alliierten im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zu zwanzig Jahren Haft.

Als Speer am 1. Oktober 1966 aus dem Gefängnis in

Berlin-Spandau entlassen wurde, waren über tausend Schaulustige gekommen und dutzende Mikrofone und Kameras aus aller Welt auf ihn gerichtet. Dies war der Beginn seiner »zweiten Karriere« als scheinbar geläuterter Zeitzeuge des Nationalsozialismus. Speer platzierte in der Öffentlichkeit erfolgreich die Legende, er habe von den NS-Verbrechen nichts gewusst und sei,

von der Aura Hitlers verführt, in Krieg und Judenmord unbeteiligt hineingeraten.

Mit unkritischer Bereitwilligkeit folgten Historiker, Publizisten, aber auch die deutsche Öffentlichkeit der Erinnerungsmanipulation des „guten Nazis“ – nicht zuletzt, weil er eine Entlastung für jene bot, die sich selbst im Nationalsozialismus engagiert hatten.

Begrüßung: Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Grußwort: Dr. Ralf Heinen, Bürgermeister der Stadt Köln

Einführung: Dr. Alexander Schmidt, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Nürnberg

Die Ausstellung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin ist vom 7. Juni bis 18. August 2019 im NS-Dokumentationszentrum zu sehen.

Öffentliche Führungen durch die Ausstellung

Sonntag, 16.06.2019, 14 Uhr, mit Martin Vollberg. Eintritt zzgl. 2 Euro Führungsgebühr

Montag, 17.06.2019, 17 Uhr, mit Dr. Katja Lambert. Exklusiv-Führung für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V. (Eintritt und Führung frei für Vereinsmitglieder)

Sonntag, 18.08.2019, 14 Uhr, mit Martin Vollberg. Eintritt zzgl. 2 Euro Führungsgebühr

Albert Speer: Eine deutsche Karriere

Vortrag, Donnerstag, 27. Juni 2019, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Als das Buch „Albert Speer: Eine deutsche Karriere“ im Jahr 2017 erschien, erregte es eine große Aufmerksamkeit. Speer galt viele Jahrzehnte als der „gute Nazi“, zumal er bei seinen öffentlichen Auftritten und in seinen autobiographischen Schriften eine vermeintliche Reflektion über seine Verstrickung in das NS-Regime unternahm.

Demgegenüber steht der reale Verantwortungsbereich des schon 1931 in die NSDAP eingetretenen Architekten, der bald ein Vertrauter Adolf Hitlers wurde und die Politik des „Rassenstaates“ in vielerlei Hinsicht unterstützte. Während des Zweiten Weltkrieges, als abzusehen war, dass das Deutsche Reich seinen Zenit über-

schritten hatte, engagierte Speer sich als Rüstungsminister unermüdlich für den »totalen Krieg« und dessen Vernichtungsmaschinerie.

Gleichwohl behauptete er nach Kriegsende, stets distanziert, ja eigentlich unpolitisch und gar kein richtiger Nazi gewesen zu sein. Magnus Brechtken zeigt, wie es Speer gelang, diese Legende zu verbreiten, und wie Millionen Deutsche sie begierig aufnahmen, um sich selbst zu entschulden.

Prof. Dr. Magnus Brechtken ist stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München.

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Albert Speer in der Bundesrepublik“

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Grenzüberschreitungen. Das Rheinland und Westeuropa.

Kolloquium des NS-DOK, Freitag, 28. Juni 2019, 13 Uhr, EL-DE-Haus

Die Kolloquien des NS-DOK stellen jüngere Untersuchungen zum NS-Regime in Köln und dem Rheinland vor sowie Forschungsprojekte, die neue Perspektiven auf die Zeit des Nationalsozialismus und deren Aufarbeitung entwickeln. Neben einführenden Referaten steht die Diskussion von Quellengattungen und Forschungsansätzen im Mittelpunkt. Ziel ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und geschichtlich interessierter Öffentlichkeit zu fördern.

Das diesjährige Kolloquium widmet sich den Beziehungen zwischen dem Rheinland und Westeuropa. Im ersten Teil der Tagung geht es um die Arbeit der Sicherheitsorgane an der deutschen Westgrenze. Alena Saam stellt mit Zoll und Grenzpolizei zwei wenig bekannte Instanzen des NS-Staates vor und schildert, wie diese den grenzüberschreitenden Verkehr regulierten. Anschließend nehmen Thomas Grotum und Lena Haase die Gestapo Trier in den Blick und zeigen am Beispiel Luxemburgs, wie sich die staatspolizeiliche Praxis an und jenseits der Grenze entwickelte.

Der zweite Teil des Kolloquiums behandelt grenzüberschreitende Fluchtbewegungen der jüdischen Bevölkerung. Anne Prior, Anneke Winkel und Adrian Stellmacher stellen die lange Zeit unbeachtete Geschichte der Kindertransporte nach Belgien vor, die in Dinslaken



ihren Ausgang nahmen und schließlich wesentlich von Köln aus organisiert wurden.

Im dritten Teil der Tagung geht es um die Beteiligung rheinischer Verwaltungsexperten an der NS-Besatzungspolitik. Auch hier steht Belgien im Zentrum. Robert Becker skizziert, welche Rolle der Kölner Regierungspräsident Eggert Reeder ab 1940 als Militärverwaltungschef für Belgien und Nordfrankreich spielte. Christoph Brüll widmet sich Franz Thedieck, der sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg als Spezialist für „Grenzlandfragen“ einen Namen gemacht hatte und bis 1943 als Oberkriegsverwaltungsrat unter Reeder wirkte.

Eintritt: frei

Anmeldung unter Angabe des Forschungsinteresses: nsdok@stadt-koeln.de

Programm unter: www.nsdok.de.

„Kulenkampffs Schuhe“

Film-Matinee, Sonntag, 30. Juni 2019, 11 Uhr, Filmforum im Museum Ludwig



Als „Kulenkampffs Schuhe“ am 8. August 2018 erstmals in der ARD gesendet wurde, bewegte die Dokumentation, fast wie der gleichnamige Showmaster, ein Millionenpublikum. Es folgten Auszeichnungen wie: Grimme-Preis 2019 in der Kategorie Information und Kultur, Deutscher Fernsehpreis 2019 als beste Dokumentation.

Die Kölner Regisseurin und Drehbuchautorin Regina Schilling hat mit ihrer autobiographisch angelegten Erzählung augenscheinlich einen Nerv getroffen. Der Film „Kulenkampffs Schuhe“, der vollständig aus Archivmaterial besteht, zeigt Nachkriegsgeschichte auf überraschende, ungewöhnliche und berührende Art und Weise. Hans Joachim Kulenkampff und Peter Alexander waren die großen Fernsehhelden der Familie von Regina Schilling, und natürlich, etwas später, Hans Rosenthal mit „Dalli Dalli“. Die Quizshows verhießen leichte Unterhaltung, Entspannung, heile Welt – das Unterhaltungsfernsehen der Bundesrepublik trat dazu an, eine ganze Nation von ihren Kriegstraumata zu therapieren.

Schillings Vater arbeitete rund um die Uhr in seiner eigenen Drogerie in Köln. Kaum etwas wurde mehr gebraucht: aufräumen, Wunden heilen, reparieren, saubermachen, Schädlinge bekämpfen. Was sahen die Väter der Kinder, die da im Schlafanzug vor dem Fernseher saßen, in den Showmastern? Wussten sie, dass Kulenkampff sich an der Ostfront vier Zehen eigenhändig amputiert hatte? Fragten sie sich, ob Peter Alexander wohl auch bei der Hitlerjugend gewesen war? Hatten sie davon gehört, dass Hans Rosenthal jüdisch war, sich in den Kriegsjahren als Vollwaise in einer Berliner Laube versteckte und jeden Moment damit rechnen musste, deportiert zu werden?

Die Showmaster gehörten wie Regina Schillings Vater einer sehr besonderen Generation an: Nach einer Kindheit im Nationalsozialismus, von Kriegseinsatz oder Verfolgung emotional nachhaltig gezeichnet, wurden sie nach dem Kriegsende bruchlos eingespannt in das Hamsterrad des Wiederaufbaus, der von Traumatisierungen nichts wusste – oder nichts wissen wollte.

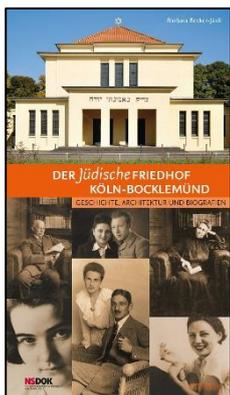
Anhand von Filmausschnitten und im Gespräch mit Regina Schilling wird die subtile Präsenz der NS-Vergangenheit in deutschen Wohnzimmern beleuchtet. „Kulenkampffs Schuhe“, Deutschland 2018, 92 min., ist eine Produktion von zero one film, entstanden im Auftrag des SWR in Koproduktion mit dem HR.

In Kooperation mit Arbeitskreis für Intergenerationelle Folgen des Holocaust, ehem. PAKH E.V.

Ort: Filmforum im Museum Ludwig, Bischofsgartenstr. 1, 50667 Köln

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Karten an der Kasse im EL-DE-Haus und an der Abendkasse. Vorbestellungen nicht möglich.



Das jüdische Köln – Jüdischer Friedhof Bocklemünd Exkursion, Sonntag, 30. Juni 2019, 15 Uhr, Köln-Bocklemünd

Der Jüdische Friedhof zeigt uns die einstige Größe der Jüdischen Gemeinde Kölns anhand bekannter Namen und imposanter Grabstätten. Er gibt Einblick in die wechselhafte Geschichte und auch den Neuanfang der Kölner Gemeinde nach 1945.

Mit: Gregor Aaron Knappstein,

Mitglied der jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: Vor dem Eingang des jüdischen Friedhofs Bocklemünd (Haltestelle Bocklemünd)

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung unter: aaron_knappstein@gmx.de

„Haltung zeigen gegen Antisemitismus“

Jahresmitgliederversammlung des Vereins EL DE Haus im NS-DOK



Verein EL-DE-Haus e.V.

Der Verein EL-DE-Haus e.V. teilt mit: Vorstandswahlen und das Thema „Antisemitismus in Köln jetzt, hier und heute“ standen im Mittelpunkt der gut besuchten Jahresmitgliederver-

sammlung des Vereins EL-DE-Haus, des Fördervereins des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln am 20. Mai 2019.

Gewählt wurden Wolfgang Uellenberg–van Dawen (Vorsitzender), Annika Triller (stellv. Vorsitzende), Conny Schmerbach (Kassiererin), Walla Blümcke (Schriftführerin), Ulrike Bach, Ciler Firtina, Hajo Leib, Bettina Levy, Dieter Marezky, Willi Reiter, Martin Sölle, Claudia Wörmann–Adam (Beisitzende) In ihrer Bestandsaufnahme des Antisemitismus in Köln verzichtete Bettina Levy, Vorstand der Synagogengemeinde und des Vereins EL DE Haus auf die Auflistung antisemitischer Übergriffe, sondern schilderte die bedrückende antisemitische „Fremdbestimmung“ der Jüdinnen und Juden. Jüdinnen und Juden würden nicht als die wahrgenommen, die sie sind, sondern durch Vorurteile, Verschwörungstheorien, rassistische Zuschreibungen und Israelfeindschaft abgewertet und ausgegrenzt. David Klaphek, Geschäftsführer der Synagogengemeinde wandte sich zudem entschieden gegen die antisemitische Israelkritik, die alles das, was sie an Israel zu kritisieren und zu verurteilen hätte, anderen Staaten der Region nicht vorwerfen würde.

In der anschließenden Diskussion forderte Wolfgang Uellenberg–van Dawen, der Vorsitzende des Vereins, dass der Staat wie die Zivilgesellschaft sich verstärkt dafür zu engagieren und zu gewährleisten hätten, dass Jüdinnen und Juden hier selbst bestimmt, frei und sicher leben und sich verwirklichen könnten. „Es darf nicht länger ein „Wir“ und ein „Die“ geben, sondern wir alle gemeinsam sind Köln.“

Dr. Werner Jung, Direktor des NS Dokumentationszentrums verwies auf den steigenden Bedarf an Aufklärung und Bildung sowohl zur Sensibilisierung gegen antisemitische Einstellungen als auch zur umfassenden Information über jüdisches Leben und jüdische Geschichte. Gemeinsam mit Hans Peter Killguss und Patrick Fels von der Info- und Bildungsstelle gegen Rechts-

extremismus (ibs) stellte er das neue Bildungsangebot **[m²]: Miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus** vor.

In der von Mitgliederversammlung einstimmig beschlossenen Resolution fordert der Verein verstärkt „Haltung zeigen gegen den Antisemitismus“. „Jede*r Einzelne ist aufgefordert, Haltung zu zeigen, wenn ihr*ihm Antisemitismus begegnet. Widerspricht antisemitischen Äußerungen! Solidarisiert Euch mit den Angegriffenen! Macht deutlich und seid laut: Antisemitismus wird hier nicht geduldet! Hier ist kein Platz für antisemitische Äußerungen, Taten, Haltungen! Wir fordern von dem Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW, den nachgeordneten Behörden und den Schulen, dass umfassender und vertiefter im Unterricht in den geisteswissenschaftlichen Fächern über jüdische Geschichte und jüdisches Leben sowie die Geschichte Israels informiert wird.

Die Stadt Köln ist aufgefordert, die Bildungsarbeit im Kontext des jüdischen Museums „MiQua“ und die zahlreichen Angebote des NS-DOK zu unterstützen und umfassend über jüdisches Leben zu informieren. Dies ist zudem eine Aufgabe der Volkshochschule, der Museen, und auch der außerschulischen Bildungsträger und muss ebenso Bestandteil der Bildungs- und Integrationsangebote für neu Angekommene (Geflüchtete und Eingewanderte) sein.

Der Verein unterstützt ausdrücklich das neue Angebot des NS-Dokumentationszentrums, das die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) durchführt: **[m²]: Miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus**. Der Verein fordert, dieses Angebot langfristig zu fördern und so auszustatten, dass es wirksam werden kann. Um die Zugänge zu den Bildungsangeboten zu erleichtern, müssen sie kostenlos sein.

Der Verein EL-DE-Haus e.V. unterstützt die Forderung des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus in der Unterrichtung des Deutschen Bundestages, Melde- und Informationsstellen zur Erfassung von antisemitischen Übergriffen, Vorfällen oder Straftaten einzusetzen und für den Themenbereich Antisemitismus spezialisierte Beratungsstrukturen aufzubauen bzw. bestehende Beratungsstrukturen für Betroffene auszubauen. Dies soll auch in Köln geschehen“.

Weitere Veranstaltungen

Engagier dich!

Engagement-Börse, Mittwoch, 5. Juni 2019, 18 Uhr, Köln-Südstadt



Das Forum für Willkommenskultur und die TH Köln laden im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Refugees Welcome -Flucht und Flüchtlingspolitik der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften“ ein: *„So vielfältig die Projekte sind, eins haben sie gemeinsam: Sie suchen neue Mitstreiter*innen! Daher laden wir Studierende und Nichtstudierende, Neu- und Altkölner*innen, Innenstädter und Porzerinnen... einfach alle Kölnerinnen und Kölner, die sich unverbindlich über ein Engagement in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit informieren wollen, zu einer kleinen Veranstaltung ein!*

Das Programm: Nach einem kurzen Impuls von Claus-Ulrich Pröbß, Kölner Flüchtlingsrat, werden Freiwillige aus ihrem Engagement berichten

und Tipps geben, auf was man bei der Wahl des passenden Engagements achten kann. MC Omar sorgt für die Musik, freut euch!

*Im Anschluss stehen Vertreter*innen von Initiativen und Organisationen, die Freiwillige für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe suchen, für persönliche Gespräche zur Verfügung.*

Markt der Möglichkeiten: Initiativen, Organisationen und Projekte, die Freiwillige suchen, können sich auf dem "Markt der Möglichkeiten" präsentieren und Freiwillige werben.

Eine Betreuung von Kindern (0 - 12 Jahre) ist möglich. Bitte meldet dies vorher an bei Birgit Jagusch (birgit.jagusch@th-koeln.de) an.“

Ort: TH Köln, Bildungswerkstatt, Ubierring 48, 50678 Köln

Eintritt: frei

LOVE-Storm: Gemeinsam gegen Hass im Netz Workshop, Mittwoch, 5. Juni 2019, 18 Uhr, Köln-Weiß

Die Initiative „LOVE-Storm/Wendland und fairaend/Köln“ lädt ein: *„Hass und Hetze im Netz nehmen immer mehr zu. Hass verletzt grundsätzliche Voraussetzungen für die Demokratie: miteinander zu sprechen und einander zu achten. Die Vorfälle reichen von Angriffen gegen Journalist*innen und bekannte Personen über Angehörige bestimmter gesellschaftlicher Gruppen (Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle, Frauen, etc.) bis hin zu Cybermobbing von Schüler*innen. Für die Betroffenen bedeuten solche Angriffe oft eine große psychische Belastung, bei manchen führt sie zu einer konkreten persönlichen Gefährdung. Was es hier braucht, ist ein zivilcouragiertes Eingreifen online.*

Um Menschen das dafür notwendige Wissen und Handwerkszeug an die Hand zu geben, haben wir die LOVE-Storm Trainings- und Aktionsplattform gegen Hass im Netz geschaffen. Dort können Interessierte Gegenrede in einem interaktiven Rollenspiel üben, aber auch auf konkrete Vorfälle reagieren und gemeinsam

dagegen vorgehen.

Die Plattform baut auf bewährten Ansätzen für Zivilcourage aus der Friedensbewegung auf, die hier in den digitalen Raum übertragen werden.

*In unserem eintägigen medienpädagogischen Workshop lernen Sie, die LOVE-Storm Plattform für Ihre eigene Bildungsarbeit zu nutzen. Sie werden im Umgang mit der Plattform geschult, bekommen praktische Anregungen, wie Sie sie in Ihre Arbeit integrieren können und erhalten umfangreiche Materialien. Das Angebot richtet sich an Lehrkräfte, Schulsozialarbeitende, Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, Trainer*innen der außerschulischen Bildungsarbeit und der Gewaltprävention, Referent*innen des FSJ, Erzieher*innen und alle Interessierten.“*

Ort: St. Georg, Kirchplatz 5, 50999 Köln

Teilnahmegebühr: 95 Euro

Anmeldungen: www.fairaend.de



Im Namen des Volkes!? 175 StGB im Wandel der Zeit Ausstellungseröffnung, Mittwoch, 5. Juni 2019, 18.30 Uhr, Köln-Deutz

Der LVR lädt ein: „1994, vor 25 Jahren, wurde der § 175 StGB gestrichen, mit dem bis dahin gleichgeschlechtlich begehrende Männer strafrechtlich verfolgt wurden. Und wiederum vor 50 Jahren wurden in der Bundesrepublik Deutschland die Paragraphen 175/175 a StGB liberalisiert, die noch aus der Zeit des Nationalsozialismus gültig waren.“

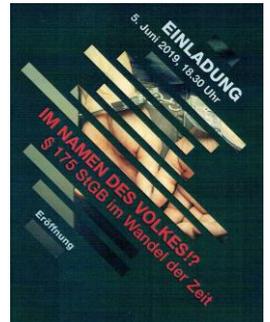
Das Centrum Schwule Geschichte Köln nimmt diese Jubiläen zum Anlass, die Geschichte des § 175 von den Anfängen bis zur Streichung

1994 in einer Ausstellung darzustellen und die aktuelle Bedeutung dieser Geschichte für LSBT**I*-Menschen zu zeigen.“

Die Ausstellung ist bis zum 30. Juni 2019 zu sehen.

Ort: LVR-Landeshaus, Nordfoyer, Kennedy-Ufer 2

Eintritt: frei



Sach wat

Kneipenabend gegen Stammtischparolen, Donnerstag, 6. Juni 2019, 19.30 Uhr, Bonn



Die Caritas Bonn lädt ein: „Auch wenn die Europawahl schon vorbei ist, wird das rechte Lager dennoch weiter pöbeln, so viel ist sicher. Wer wissen will, was es mit den Stammtischparolen auf sich hat und wie man angemessen reagieren kann, der ist herzlich eingeladen, wenn die Kampagne ,vielfalt

viel wert.' und der Caritasverband für das Bistum Essen mit der Kneipentour gegen Stammtischparolen in der Bonner Südstadt halt machen. Es gibt Theater, Argumente, Menschlichkeit.“

Ort: Südstadt Studikneipe, Kaiserstraße 87, 53113 Bonn

Eintritt: frei

Feminismus zwischen Antisemitismus und notwendiger Gesellschaftskritik Vortrag, Mittwoch, 5. Juni 2019, 19.30 Uhr, Köln-Innenstadt

Das Rheinische Antifaschistische Bündnis gegen Antisemitismus lädt ein: „Nicht erst seitdem die Queer-Theoretikerin Judith Butler, 2012, unter Protesten des Zentralrats der Juden, mit dem Theodor-W.-Adorno-Preis ausgezeichnet wurde, gibt es Uneinigkeit in der Frage, inwiefern im Feminismus antisemitische Denkmuster reproduziert werden: vom Vorwurf „die Juden“ hätten das Ende des Matriarchats zu verantworten, über die Schuldlosigkeit deutscher Frauen an der Shoah, bis zur Konstruktion Israels als Manifestation der patriarchalen Ordnung.“

Obskure Ideen, die die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung als Feind im feministischen Kampf befeuern, ziehen sich bis heute durch die Geschichte des Feminismus. Frauen wird die Unfähigkeit zum Antisemitismus attes-

tiert und Antizionismus wird vorausgesetzt, um sich als wahre Feministin bezeichnen zu dürfen.

Ziel dieses Vortrags ist es keinesfalls, feministische Ideen generell als antisemitisch zu verleumden. Stattdessen soll eine bedingungslose Kritik an antisemitischen Denkstrukturen im Feminismus gefördert werden, um den Deutungskampf innerhalb der feministischen Gesellschaftskritik voranzubringen.

Die Referentin, Kira Rudolph studiert im Master Sozialwissenschaft an der Ruhr Universität Bochum.“

Ort: Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln

Eintritt: frei

Europa hat gewählt: Alles neu in Brüssel?

Wahlnachlese, Freitag, 7. Juni 2019, 18 Uhr, Köln-Lindenthal

Die VHS Köln lädt ein: „*Wer hat wie abgeschnitten? In welchem Land hat sich die Bevölkerung besonders rege beteiligt und wo gab es nur geringeres Interesse? Was bedeutet der Wahlausgang für die Zukunft der Europäischen Union? Wer wird künftig die EU-Kommission führen und diese einzigartige Union auch international*

vertreten? Wie wird diese Wahl in Washington und Moskau gesehen? Siebo Janssen beantwortet Ihre Fragen zur Europawahl 2019.“

Ort: Europäisches Dokumentationszentrum, USB, Universitätsstr. 33, 50931 Köln

Eintritt: frei

Herkesin Meydanı – Platz Für Alle

Gedenkveranstaltung, 9. Juni 2019, 15 Uhr, Köln-Mülheim

Die Initiative „Herkesin Meydanı – Platz Für Alle“ lädt ein: „*Gegenüber der Keupstraße in Köln-Mülheim, in Sichtweise des Friseursalons, wo vor 15 Jahren die Nagelbombe explodierte, soll ein Mahnmal an die Opfer der rassistischen Bombenanschläge in Köln (Probsteigasse, 2001 und Keupstraße, 2004) erinnern. Dieses Mahnmal nach einem Entwurf des Berliner Künstlers Ulf Alminde war in Zusammenarbeit mit Betroffenen entwickelt und vom Rat der Stadt Köln beschlossen worden. Ein Ort der Erinnerung, ein Platz für alle sollte entstehen.*

Die Keupstraße wurde jahrzehntelang mit rassistischen Klischees belegt. Nach dem Nagelbombenanschlag führte Bundesinnenminister Otto Schily die Tat auf 'Auseinandersetzungen

*im kriminellen Milieu' zurück. So ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft jahrelang gegen die Opfer der rassistischen Anschläge und machten sie zu Tätern. Bewohner*innen der Keupstraße vermuteten dagegen Nazis als Urheber der Bombe und sollten recht behalten. Die rassistischen Ermittlungen bezeichneten sie folgerichtig als ‚Zweiten Anschlag‘. Nach der Selbstenttarnung des NSU gab es den Beschluss des Rates der Stadt Köln, ein Mahnmal zu errichten.*

*Alle Kölner*innen aufgerufen, gemeinsam mit den Betroffenen den 'Platz für alle' als lebendigen Ort der Erinnerung und der Begegnung an der Keupstraße durchzusetzen.“*

Ort: Keupstraße, 51063 Köln

Die Kriegsverbrecher-Lobby

Diskussion, Mittwoch, 12. Juni 2019, 19 Uhr, Köln-Innenstadt

Die Karl-Rahner-Akademie lädt im Rahmen der Veranstaltungsreihe „frank & frei“ ein: „*Relativierungen der NS-Diktatur (‚Vogelschiss‘) und Verunglimpfungen der Erinnerungskultur nach 1945 sind in Deutschland wieder in einem Maße hofähig geworden, das insbesondere jene Zunft verstört und zugleich mobilisiert ist, die sich von Berufs wegen mit der NS-Vergangenheit und ihren Nachwirkungen befasst: die Zeithistoriker. Verschiedene aktuelle Publikationen nehmen sich neu der Verbindungslinien an, die aus der NS-Zeit in die Frühphase der Bundesrepublik und weiter bis in die Gegenwart reichen. Es geht um personelle, institutionelle und ideologische Kontinuitäten, derer sich führende AfD-Funktionäre planvoll bedienen.*

Einen wichtigen Beitrag zum Thema hat der in Göttingen promovierte Historiker und ‚Spiegel‘-Redakteur Felix Bohr geliefert. Der Autor des Buches ‚Die Kriegsverbrecherlobby‘ weist ein-

drucksvoll nach, wie stark ehemalige Kriegsteilnehmer zugunsten inhaftierter deutscher Kriegsverbrecher Druck auf die deutsche Politik ausübten und - besonders spannend - wie groß dafür der Rückhalt in der Bevölkerung war. Der Rolle der Kirchen beim Einsatz für NS-Täter widmet Bohr ein eigenes Kapitel.

Mit Bohr diskutiert Dr. Lutz Klinkhammer, stellvertretender Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom und Privatdozent an der Universität Mainz. Klinkhammer ist Experte für die nationalsozialistische Besetzung in Europa und ihre erinnerungskulturellen Folgelasten. Er wirkte in den 1990er Jahren als wissenschaftlicher Gutachter in Gerichtsverfahren gegen deutsche Kriegsverbrecher mit.“

Ort: Karl Rahner Akademie (Saal)

Eintritt: 8 Euro, erm. 4 Euro

Der Nazi & der Friseur

Theater, Mittwoch/Donnerstag, 12./13. Juni 2019, 20 Uhr, Köln-Südstadt



Das Freie Werkstatttheater lädt ein: „Der Nazi, der sich selbst zum Juden macht: Edgar Hilsenraths Romangroteske, die in deutscher Sprache erstmals 1977 in Köln erschien, nimmt eine verstörende Erzählperspektive ein. Max Schulz, gelernter Friseur, macht in den 1930-er Jahren

Karriere in der SS. Als Wachmann eines Konzentrationslagers tötet er mit eigener Hand seinen jüdischen Schulfreund Itzig Finkelstein und dessen ganze Familie. In der Nachkriegszeit nimmt er Itzigs Identität an, um sich der Verfol-

gung zu entziehen, und wandert nach Palästina aus. Max-Itzig, der Massenmörder, bringt es dort zum Untergrundkämpfer für den Staat Israel und zum geachteten Besitzer eines Friseursalons. Hilsenraths Provokation, die Shoah aus der Sicht eines Täters zu erzählen, hat an Wirksamkeit nichts eingebüßt. Die Doppelgestalt des Massenmörders, der in die Haut seines Opfers schlüpft und davonkommt, rührt an Grundfragen von Ethik, Moral und Schuld.“

Ort: Freies Werkstatt Theater, Zugweg 10, 50677 Köln

Karten und Infos unter: <http://www.fwt-koeln.de/index.php/der-nazi-der-friseur.html>

Köln (post-)kolonial

Kolonialkritischer Stadtrundgang, Freitag, 14. Juni 2019, 15.30 Uhr, Köln-Nippes

Das Friedensbildungswerk Köln lädt ein: „Das Ende des deutschen Kolonialreichs liegt mehr als 100 Jahre zurück. Doch koloniale Strukturen und Denkmuster prägen auch heute noch unser Zusammenleben und es gibt in zahlreichen Städten Straßennamen, die in Zusammenhang mit der deutschen Kolonialvergangenheit stehen. Im kollektiven Geschichtsbewusstsein kommt dieses Kapitel der deutschen Geschichte aber nur schleichend an. Kaum einer weiß, weshalb Köln Anfang des 20. Jahrhunderts als ‚Koloniale Metropole‘ des Westens galt. Warum auch Gustav Nachtigal ein Kolonialverbrecher war. Oder wie der Kameruner Rechtsgelehrte Rudolph Manga Bell in seiner Heimat gegen die deutsche Kolonialherrschaft klagte.

Der Kolonialkritische Stadtrundgang mit Bebero Lehmann, Historikerin an der Uni Köln, gibt in

der Auseinandersetzung mit den Straßennamen im Kölner ‚Afrika-Viertel‘ tiefere Einblicke in die koloniale Vergangenheit Kölns und Deutschlands.

Außerdem wird thematisiert, wie mit Straßennamen als öffentlichen Erinnerungsorten hierzulande – und auch in anderen Ländern mit kolonialer Vergangenheit – umgegangen wird.“

Treffpunkt: bei Anmeldung bekannt gegeben

Teilnahmegebühr: 10 Euro, erm. 8 Euro

Anmeldung: <https://friedensbildungswerk.de>



Tag der offenen Gesellschaft

Demokratiefeste, Samstag, 15. Juni 2019, Köln, Aachen, Heinsberg und...

Die Idee: Ein ganzes Land feiert die Freiheit, Offenheit, Vielfalt und Freundschaft. Am Tag der offenen Gesellschaft kommen überall Menschen zusammen, stellen Tische und Stühle raus und setzen somit ein großes Zeichen für die offene Gesellschaft.

In Aachen laden die Volkshochschule Aachen, der Verein zur Förderung des Multikulifestes e.V., der runden Tisch gegen Rechts, Eurotürk,

der evangelischen Kirchenkreis Aachen und der Bürgerstiftung Lebensraum Aachen für 14.45 in den Aachener Kennedypark ein. In Heinsberg lädt das Bündnis gegen Rechts – für Demokratie und Toleranz im Kreis Heinsberg ab 11 Uhr auf den Marktplatz in Heinsberg. In Köln gibt es Tische an verschiedenen Orten.

Weitere Informationen:

<https://www.tdog19.de/de/startseite>

Heimat – nur eine rückwärtsgewandte Utopie, oder mehr?

Vortrag, Dienstag, 18. Juni 2019, 18.30 Uhr, Köln-Südstadt

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: „Der Begriff Heimat gewinnt in politischen Debatten zunehmend an Bedeutung. Was ist Heimat? Welche Vorstellungen, Bedürfnisse und Sehnsüchte sind mit dem Begriff verbunden? Für den Philosophen Ernst Bloch steckt in dem Wort Heimat nicht nur eine geschönte, zur Realitätsflucht einladende Vergangenheit. Er wollte den Begriff auch vor der faschistischen Vereinnahmung retten. Aktuell gibt es auch Versuche, Patriotismus von Nationalismus und Abschottung abzukoppeln. Was aber sind „aufgeklärte Patrioten“

(Thea Dorn)? Wir werden uns mit Analysen und Reflexionen von Ernst Bloch, Bernhard Schlink, Thea Dorn, Christian Schüle und Peter Zudeick beschäftigen.“

Referent: Hans Wolfgang Weber

Ort: Melanchthon-Akademie Kartäuserwall 24 b, 50678 Köln

Eintritt: 8 Euro

Anmeldung und weitere Infos:
www.melanchthon-akademie.de/

Erfolgsgeschichte erlebter Demokratie? Volkshochschulen zur Zeit des Nationalsozialismus

Vortrag, Dienstag, 18. Juni 2019, 18 Uhr, Köln-Innenstadt

Die VHS Köln lädt ein: „Die meisten Volkshochschulen entstanden in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Der Anspruch war, allen Menschen in der Gesellschaft den Zugang zu Bildung und Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Das Fundament des Bildungsauftrages stellten dabei die Prinzipien der Aufklärung und die universalen Menschenrechte dar. Was geschah mit

diesem hohen Ziel der VHS-Arbeit in der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges?“

Ort: VHS Studienhaus am Neumarkt, Cäcilienstr. 35, 50667 Köln

Eintritt: 5 Euro

Holocaust und Intergenerationalität Dialog zwischen Opfer- und Täternachkommen

Gespräch, Mittwoch, 19. Juni 2019, 19 Uhr, Uni Köln



Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Studierenden-Ausschuss der Vollversammlung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät laden ein: „Die Veranstaltung dient der Auseinandersetzung mit der eigenen Familiengeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus. Diese Beschäftigung wird, auch heute noch, häufig von inneren wie innerfamiliären Konflikten begleitet. Doch nicht nur die Integration der oft starken und widersprüch-

lichen Gefühle und die familiären Konflikte gestalten sich schwierig, sondern auch die Auseinandersetzung zwischen Täter- und Opfernachkommen.

Herr Peter Pogany-Wnendt und Frau Erda Siebert beschreiben in ihrem Dialog den persönlichen Transformationsprozess als Nachkommen von Überlebenden und Tätern. Sie gehören dem „Arbeitskreis für Intergenerationelle Folgen des Holocaust“ (www.pakh.de) an und sind beide Psychotherapeuten.“

Ort: Uni Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln, Raum H121

Eintritt: frei

Rechtsextremismus – Herausforderung für Christ*innen

Mobile Beratung auf dem Kirchentag, 19.-23. Juni 2019, Dortmund

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW hat in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus sowie dem Dortmunder Arbeitskreis Christen gegen Rechts auf dem bevorstehenden Kirchentag in Dortmund ein eigenes Veranstaltungsprogramm zum Thema „Extreme Rechte“ mit dem Schwerpunkt „Rechtsterrorismus“ erarbeitet.

Dieses umfasst verschiedene Formate der inhaltlichen Auseinandersetzung und Reflektion wie etwa Theaterinszenierungen, Diskussionen, Vorträge und Workshops.

Inhalt, Ort und Uhrzeit der Veranstaltungen sowie weitere Informationen unter:

<https://www.mobile-beratung-nrw.de/>

Köln ist solidarisch

Benefizveranstaltung, Samstag, 22. Juni 2019, 14.30 Uhr, Köln-Innenstadt

Auf Initiative der Künstlerin Bertamaria Reetz, die an diesem Tag eine blaue Friedensschafherde auf dem Heumarkt grasen lässt, wird eingeladen: „Am 22. Juni findet eine ‚Benefiz-Friedens-Kunst-Gebung‘ mit Kunstverkauf und Auftritten verschiedener Gruppen und Musiker*innen zugunsten von Flüchtlingen und Obdachlosen statt. Auf der Bühne stehen neben dem Jugendchor St. Stephan, Stadtrand und der

Eschweiler-Bigband auch Fiasko, Räuber, Björn Heuser und die Hühner. Eröffnet wird die Veranstaltung mit einer Rede von Serap Güler, Staatssekretärin im NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Schirmherrinnen sind OB Henriette Reker und Hedwig Neven DuMont, die sich in vielen sozialen Vereinen engagiert.“

Ort: Heumarkt

Reverse Colonialism

Theater-Performance, Montag, 24. Juni 2019, 21 Uhr, Köln-Innenstadt

Das Africologne-Festival lädt ein: „In dieser politischen Performance versuchen vier Afrikaner, die in Belgien leben, das lästige Migrations-Integrations-Debakel zu lösen. Ihre Antwort? Ein neues Land für afrikanische Europäer und europäische Afrikaner. Das Publikum bestimmt dabei

die Normen und Regeln des neuen Landes.“

Ort: Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln

Infos zu Tickets und zum gesamten Programm des Festivals unter: www.africologne-festival.de

Maskulismus

Vortrag, Dienstag, 25. Juni 2019, 19 Uhr, Köln-Südstadt

Der Jugendclub Courage lädt ein: „Am 6. Juli 2019 soll in den Messehallen Köln der ‚Deutschen Gender Kongress‘ stattfinden. Zum dritten Mal sollen dort erkonservative, sexistische sowie homo- und transfeindliche Familien- und Geschlechterbilder propagiert werden, die deutliche Überschneidungen mit denen von Pegida, ‚Demo für Alle‘ und AfD aufweisen.

Wir wollen uns – anstatt unsere Energie nur auf ein ‚Dagegen‘ zu setzen – im Vorfeld intensiver mit den ‚Maskulisten‘ beschäftigen, die diesen Kongress maßgeblich gestalten. Ein wesentlicher Teil der antifeministischen Bewegung tritt

heute als ‚Männerrechtsbewegung‘ auf. Da eine direkte Zurückweisung der erkämpften Rechte von Frauen inzwischen antiquiert erschiene und heutzutage gesellschaftlich kaum mehr vermittelbar ist, treten die Gruppen dieser maskulistischen Bewegung mit der Behauptung und Strategie auf: ‚Feminismus benachteiligt Männer‘. In dem Vortrag von Andreas Kemper werden die Netzwerke und Akteur*innen dieses maskulistisch organisierten Antifeminismus skizziert sowie deren Diskurskoalitionen und Verbindungen ins neurechte Spektrum offengelegt.“

Ort: TH Köln, Campus Südstadt, Raum 301

Im Feindbild vereint

Vortrag, Mittwoch, 26. Juni 2019, 19 Uhr, Köln-Deutz

Der Antifa-AK lädt ein: „*Mein Name ist Jürgen Elsässer und meine Zielgruppe ist das Volk!*“ – mit diesen Worten begann Elsässer viele seiner Reden; egal, ob bei Aufmärschen der völkisch-rassistischen Pegida-Bewegung, den verschwörungsideologischen Montagsmahnwachen oder den antifeministischen Protesten der ‚Besorgten Eltern‘. Auch in seinem Magazin ‚Compact‘ wurde zu Beginn die Vereinigung verschiedener politischer Spektren praktiziert: Durch positive Bezüge auf rassistische Publizisten und die Neue Rechte auf der einen sowie auf Teile der Linkspartei und als ‚links‘ geltende Proteste wie die Montagsmahnwachen auf der anderen Seite arbeitet das Magazin auf eine ‚Querfront‘ hin. Die Zeitschrift unterhält enge Verbindungen zur ‚Identitären Bewegung‘ und der AfD und nimmt

eine große Rolle unter den sogenannten ‚alternativen Medien‘ ein.

Konstitutiv für Inhalte der Zeitschrift ist der Glaube an eine alles umfassende Weltverschwörung. Bei einer genaueren Analyse zeigt sich, dass in einer Vielzahl der Artikel antisemitische Denk- und Argumentationsmuster aufgerufen und reproduziert werden.

In ihrem Vortrag werden die Journalisten Kevin Culina und Jonas Fedders ihr 2016 erschienenes Buches ‚Im Feindbild vereint. Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact‘ vorstellen.“

Ort: AStA der TH Köln, Betzdorfer Straße 2

Eintritt: frei

Die Asyl-Monologe

Theaterstück, Mittwoch, 26. Juni 2019, 19.30 Uhr, Bergheim



Das Aktionsbündnis für Demokratiestärkung und Antirassismus im Rhein-Erft-Kreis lädt ein zu einem dokumentarisches Theater der Bühne für Menschenrechte: „Die Asyl-Monologe erzäh-

len von Ali aus Togo, von Freunden liebevoll ‚Präsident‘ genannt, Felleke aus Äthiopien, der erst willensstark Abschiebeversuche verhindern

muss, um dann einen Menschenrechtspreis überreicht zu bekommen, und Safiye, die nach Jahren der Haft in der Türkei und einer absurden Asylablehnung sich für das Lebensbejahenste überhaupt entscheidet: sie schenkt einem Sohn und einer Tochter das Leben.

Im Anschluss an das Stück wird es ein Publikumsgespräch geben.“

Ort: Gleis11, Frener Str. 11, 50127 Bergheim Quadrath-Ichendorf

Eintritt: frei

Der Vergangenheit auf der Spur. Praxistipps zur eigenen Familienrecherche

Vortrag, Donnerstag, 27. Juni 2019, 19 Uhr, Uni Köln

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Studierenden-Ausschuss der Vollversammlung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät laden ein: „*Wer seine Familiengeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus in Erfahrung bringen möchte, hat oft Schwierigkeiten, einen guten Ansatzpunkt zu finden, von dem seine Recherchen ausgehen können. Der Vortrag beschäftigt sich daher mit den Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer solchen Suche und beantwortet die Frage, was mögliche erste Schritte sein könn-*

ten. Dies schließt auch Informationen darüber ein, welche Archive es gibt, wie man sie nutzt, welche Informationen man dafür benötigt und mit welchen Kosten zu rechnen ist.

Der Dozent Dr. Reimer Möller ist Leiter des Archivs der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.“

Ort: Uni Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln, Raum H121

Eintritt: frei

Die Fehler des rechten Denkens

Diskussion, Donnerstag, 27. Juni 2019, 20 Uhr, Köln-Innenstadt

Die Initiative 'Gegeninformation Köln' ein: „Bei Vertretern der ‚besorgten Bürger‘ heißt es z.B. ‚Die Ausländer nehmen uns unsere Wohnungen und Arbeitsplätze weg‘, ‚Für die Flüchtlinge tun sie alles, für uns tun sie nichts‘ oder ‚Deutschland muss Deutschland bleiben.‘

Was dazu bzw. gegen diese Sprüche zu sagen ist, soll Thema der Veranstaltung sein, wobei es

dieses Mal vor allem um die rechten Parolen zu ‚Kriminalität der Ausländer‘, ‚Überfremdung‘ und ‚bedrohter nationaler Identität‘ geht.“

Ort: Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Clubraum, Melchiorstr. 3, 50670 Köln

Eintritt: frei

Versailler Vertrag. Eine Einordnung des umstrittenen Vertrages

Vortrag, Donnerstag, 27. Juni 2019, 21 Uhr, Quartier Latäng



Das Friedensbildungswerk lädt ein: „Am 28. Juni 1919 unterzeichnete die deutsche Delegation in Versailles einen Vertrag, der den Ersten Weltkrieg beendete und Frieden für Europa bringen sollte. Am 11.11. 1918 wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Doch konnte dieser Friedensschluss die hohen Erwartungen erfüllen? War es ein ‚gerechter‘ Friede?“

Um diese Frage zu beantworten blickt Christoph Regulski in die Geschichte des Weltkrieges zurück und blickt auf die verschiedenen Versuche, schon wesentlich früher zu einem Frieden zu gelangen. Er erläutert die internationale Dimension des Vertrages und ordnet den Vertrag

zu den deutschen Friedensabschlüssen von 1871 und den Anfang 1918 geschlossenen Vertrag von Brest-Litowsk zwischen dem kaiserlichen Deutschland und dem bolschewistischen Russland.

Ausgehend von den Bestimmungen der Versailler Vertrages stellt der Referent zum einen die Auswirkungen in Form von Entschädigungen und Gebietsabtretungen dar. Zum anderen schildert er die politischen Folgen, die der Vertrag für Deutschland und die junge Weimarer Republik hatte. Traf der als ungerecht empfundene Frieden statt des kaiserlichen Reiches nicht vielmehr einen demokratischen Staat und erschwerte ihm auf lange Sicht die Akzeptanz? War er gar ausschlaggebend für den Aufstieg des Nationalsozialismus?

Christoph Regulski ist Historiker und Autor.“

Ort: Kino Off-Broadway, Zülpicher Straße 24, 50674 Köln

Eintritt: frei (Kostenbeitrag erbeten)

Safe Space: Identität und Empowerment für und mit Menschen afrikanischer Abstammung

Workshop, Freitag, 28. Juni 2019, 16.30 Uhr, Köln-Innenstadt

VHS Köln und Pamoja e.V. laden ein: „Die Konfrontation mit Diskriminierung und Rassismus gehört immer noch zu den Alltagserfahrungen von Zugewanderten in Deutschland. Insbesondere betrifft dies Menschen afrikanischer Abstammung. Wie geht man damit um, und wie fördert man eine selbstbewusste Haltung zur eigenen Identität? Der Kurs stärkt Selbsthilfekompetenzen und gibt Anregungen zum Umgang mit Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung. Darüber hinaus dient dieser Work-

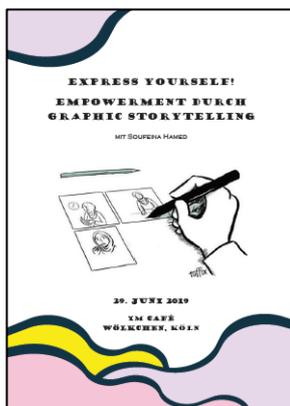
shop im Sinne von Safe Space als Austausch über Identität, Rassismuserfahrungen und Empowerment-Strategien.“

Ort: VHS Studienhaus am Neumarkt, Cäcilienstr. 35, 50667 Köln, Altstadt/Süd

Teilnahmegebühr: keine

Verbindliche Anmeldung unter:
homaira.mansury@stadt-koeln.de

Express Yourself! Empowerment durch Graphic Storytelling Workshop, Samstag, 29. Juni 2019, 10 Uhr, Köln-Nippes



Anlässlich des Tages gegen antimuslimischen Rassismus am 1. Juli bietet das AntiDiskriminierungsBüro Köln/ ÖGG e.V. einen Empowerment-Workshop für Muslim_innen an: „In einem geschützteren Raum lernen Sie, wie Sie durch das Zeichnen von Comics Ihre Erfahrungen mit antimuslimischem Rassismus/religionsbezogener Diskriminierung verarbeiten und in Bildern zum Ausdruck bringen

können. Die Psychologin und Künstlerin Soufeina Hamed wird Sie dabei begleiten, wie Sie Ihre alltäglichen Erfahrungen Schritt für Schritt in Comics umsetzen können.

Ziel des Empowerment-Workshops ist es zum einen, einen Raum für den gemeinsamen Austausch, die Vernetzung und eine kreative Widerstandskraft anzubieten. Zum anderen sollen antimuslimischer Rassismus und religionsbezogene Diskriminierung sichtbar gemacht werden. Ausgewählte Comics der Teilnehmenden werden dafür von Soufeina Hamed professionell nachgezeichnet und von uns veröffentlicht.

Die Teilnahme setzt voraus, dass Sie grundsätzlich offen dafür sind, dass Ihr Comic in dieser Form veröffentlicht wird.“

Ort: Café Wölkchen, Kempener Str. 34, Köln-Nippes

Teilnahmegebühr: keine

Infos & Anmeldung unter:
anmeldung@oegg.de

Ohne Mit und Aber. Jüdisch sein im heutigen Deutschland Vortrag, Sonntag, 30. Juni 2019, 15 Uhr, Tietz-Rödingen

Das LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen lädt ein: „Michael Rubinstein, Geschäftsführer des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, ist bekennender deutscher Jude – oder jüdischer Deutscher, je nach Betrachtungsweise. Jüdisch und Deutsch klingt auch im Jahr 2019 noch fremd für viele Ohren oder zumindest ist die Reaktion darauf eher distanziert als selbstverständlich. Anhand seiner persönlichen Eindrücke und Erfahrungen gewährt Michael Rubinstein als ‚Berufsjude‘ einen subjektiven Einblick in das heutige jüdische (Gemeinde-) Leben in Deutschland zwischen Alltag und Antisemitismus – mit all seinen Chancen, Schwierigkeiten und Perspektiven. Die Zuhörerinnen und Zuhörer haben anschließend die Möglichkeit für Rückfragen und Gespräche.“

Michael Rubinstein, 47 Jahre, übernahm 2004 die Geschäftsführung der Jüdischen Gemeinde Duisburg-Mülheim/Ruhr-Oberhausen. 2012 rückte er durch seine Kandidatur als Duisburger Oberbürgermeister in den Fokus der Öffentlichkeit. Gemeinsam mit Lamy Kaddor veröffentlichte er das Buch ‚So fremd und doch so nah – Juden und Muslime in Deutschland‘. Seit 2015 ist er Geschäftsführer des Landesverbandes



der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, ein Zusammenschluss von acht jüdischen Gemeinden im Landesteil Nordrhein des Bundeslandes NRW. Mit insgesamt ca. 16.000 Gemeindegliedern ist der LVNR der größte Landesverband innerhalb des Zentralrats der Juden in Deutschland.“

Ort: LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen, Mühlenend 1, 52445 Tietz-Rödingen

Eintritt: 3 Euro (inkl. Besichtigung der Gebäude und der Dauerausstellung)

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Antisemitismus nicht hinnehmen!

Gemeinsame Erklärung gegen antisemitische Hetze im Europawahlkampf

Bereits im letzten Newsletter (Mai 2019) haben wir die Erklärung gegen den antisemitischen Wahlslogan der Partei „Die Rechte“ dokumentiert. Im Folgenden dazu eine Pressemitteilung der Kölner Flüchtlingsrates: *„Gegen die antisemitische Hetze der neonazistischen Partei ‚Die Rechte‘ protestieren 37 Organisationen und zwölf Einzelpersonen in der Erklärung ‚Antisemitismus nicht hinnehmen!‘. Unterzeichnet haben u.a. christliche, jüdische und gewerkschaftliche Institutionen, (Fach)Verbände der Wohlfahrtspflege, Interessenverbände von NS-Verfolgten, Bildungseinrichtungen und Beratungseinrichtungen der Antidiskriminierungsarbeit sowie politische Organisationen.*

Die Unterzeichnenden geißeln den ‚antisemitischen Tabubruch‘ und sehen insbesondere in dem Wahlkampflogan ‚Israel ist unser Unglück!‘, der eine NS-Parole variiert, ein direktes Anknüpfen an die nationalsozialistische Aufhetzung zum Judenhass und zur Vernichtung. Sie rufen dazu auf, dem immer offener auftretenden Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.’

Strafrechtlich ist das Verfahren wegen Volksverhetzung, das die Staatsanwaltschaft Köln

u.a. auf Betreiben des Kölner Flüchtlingsrat e.V. gegen Verantwortliche der Partei ‚Die Rechte‘ eröffnet hatte, eingestellt. An anderer Stelle sind jedoch weiterhin Strafverfahren wegen der inkriminierten Plakate anhängig. Nachdem zuletzt die Antisemitismusbeauftragten des Bundes und Baden-Württembergs die Kommunen aufgefordert haben, gegen die judenfeindlichen Wahlplakate vorzugehen, sind zudem die kommunalen Ordnungsbehörden im Zugzwang.

‚Antisemitische Hetze darf nicht weiter hingenommen werden! Wir fordern Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz auf, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorzugehen, und die Zivilgesellschaft, ihren Protest zum Ausdruck zu bringen‘, erklärt für den Kölner Flüchtlingsrat e.V. der stellvertretende Geschäftsführer Thomas Zitzmann. ‚Um zu einer effektiven Verfolgung antisemitischer und rassistischer Hetze zu kommen, gehört zudem eine Strafrechtsänderung auf die bundespolitische Agenda‘, so Zitzmann. Bereits im Jahre 2013 war Deutschland vom UN-Antirassismus-Ausschuss aufgefordert worden, Gesetzeslage und Praxis im Bereich der Strafverfolgung von rassistischen Äußerungen auf den Prüfstand zu stellen.’

Karl-Kaufmann-Weg

„Bildungspolitische Nachhilfe“ für den Eifelverein

Die Wandergruppe „Eifelgold“ teilt mit: *„Einer der Hauptwanderwege des Eifelvereins führt von Brühl nach Trier. Er trägt heute immer noch den Namen Karl (Leopold) Kaufmanns. Dieser Name ist eng mit dem Nationalsozialismus verbunden. Kaufmann stand dem Eifelverein von 1904 bis 1938 vor. Er sorgte dafür, dass der Verein nahtlos mit den Zielen des NS-Regimes verschmolz und dabei ‚ein kleines Rädchen in der großen Volksgemeinschaft‘ der Nazis wurde. Der Eifelverein selbst schreibt dies in seiner Zeitschrift (‚Die Eifel‘ 1/2017).*

Und dennoch hat sich der Eifelverein vor zwei Jahren dagegen ausgesprochen, den Karl-Kaufmann-Weg umzubenennen. Begründet wurde das mit der ‚regionalen Bedeutung des Namens.‘ Das blendet die Rolle Kaufmanns in der Nazi-Zeit aus und ist verantwortungslos.

Als eine Gruppe geschichtsbewusster Wanderfreunde haben wir uns daher auf den 200 Kilometer langen Weg gemacht, um 500 Informationsschilder zu der politischen Haltung des Vereins unter der Ägide Kaufmanns auf den Markierungszeichen des Weges anzubringen.

Alle Zitate stammen aus dem Vereinsblatt des Eifelvereins ‚Die Eifel‘ der Jahrgänge 1933-1938. Wir betrachten das als bildungspolitische Aufklärung und als nachdrückliche Aufforderung, die Namensgebung des Wanderwegs zu überdenken und die Rolle des Eifelvereins im Nationalsozialismus umfassend aufarbeiten zu lassen.“



Starke Beratung braucht starke Verbände

Finanzierung der Dachverbände der Betroffenen-, Aussteiger- und Mobilen Beratung für 2020 nicht gesichert

Der Bundesverband Mobile Beratung teilt mit: „Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) wurde Ende 2014 gegründet und konnte in den knapp fünf Jahren seines bisherigen Bestehens viel bewegen. Aktuell sind knapp 150 Berater*innen des noch jungen Berufsfelds der Mobile Beratung Teil der BAG Mobile Beratung, die sich im Bundesverband organisiert. Sie stehen für 48 Teams/Kontaktstellen und 34 Träger in allen 16 Bundesländern.

Die Arbeit des BMB und der beiden anderen Dachverbände VBRG und BAG AzE steht allerdings vor dem Aus. Bisher gibt es keine Perspektive für eine Antragstellung in der zweiten Förderperiode des Programms ‚Demokratie leben!‘. Dieser Fehler in der Programmkonstruktion muss korrigiert werden, um weiterhin mit starken Verbänden eine starke Beratungsarbeit vor Ort abzusichern – durch Austausch, Weiterentwicklung und Vernetzung.

Vor allem durch die finanzielle Projektförderung des BMFSFJ in ‚Demokratie leben!‘ zur ‚Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger‘ konnte dieser beispielhafte Aufbau fachlicher und länderübergreifender Vernetzung gelingen. Heute unterstützt der BMB Teams und Berater*innen durch Qualifizierungsmaßnahmen, durch Möglichkeiten für fachliche Reflexion und Austausch, durch Begleitung beim Aus- und Aufbau von Beratungsteams sowie durch eigene Ressourcen zur Professionalisierung des Arbeitsfeldes. In einem mehrjährigen und partizipativen Prozess haben sich die Berater*innen auf gemeinsame Linien verständigt, die im letzten Jahr als ‚Inhaltliche und methodische Grundsätze Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus‘ veröffentlicht wurden. Die Arbeit der Dachverbände wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert, die Ergebnisse sind ausgesprochen positiv. Der BMB ist bundesweit gut vernetzt mit Fachverbänden der Jugendhilfe, der Sozialen Arbeit, mit Institutionen und Verbänden der politischen Bildung, gewerkschaftlichen Einrichtungen, politischen Stiftungen und den Wohlfahrtsverbänden.

Wir begrüßen die Fortführung des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘ und die durch Ministerin Giffey mehrfach betonte Fokussierung auf Betroffenen-, Aussteiger- und Mobile Beratung in den Ländern. Hier wird tatsächlich ab 2020 mehr Geld zur Verfügung stehen, um vor Ort Engagierte und Betroffene unterstützen zu können. Umso irritierter sind wir über die aktuellen Signale aus dem BMFSFJ – offenbar steht

die Förderung der Dachverbände vor dem Aus. Die Verbände sind in den letzten Jahren zu einem wichtigen Akteur für die Beratungsteams vor Ort geworden: sie sind zuverlässiger Partner, fachliche Unterstützung, stellen die Infrastruktur für länderübergreifenden Austausch zur Verfügung und sind Impulsgeber für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Kultur. Damit garantieren sie professionelle Standards und Grundsätze der Beratungsarbeit, fördern ihre Weiterentwicklung und stärken die Beratungsteams – und damit auch diejenigen, an die sich die Beratung richtet.

Trotz vielfacher Gespräche zwischen dem BMFSFJ und den Dachverbänden gibt es bisher kein Angebot des Ministeriums, wie die Arbeit der Verbände über eine entsprechende Projektförderung ab dem 1.1.2020 abgesichert werden kann. In den bisherigen Planungen des BMFSFJ für die neue Programmphase von ‚Demokratie leben!‘ ist an keiner Stelle eine aussichtsreiche Antragstellung für die Dachverbände vorgesehen. Vielmehr soll die Verantwortung für die Finanzierung an die Länder weitergegeben werden. Aus Sicht der Dachverbände liegt die Verantwortung für die Finanzierung allerdings eindeutig beim Bund – zumal mit der aktuell angeordneten Förderung die Dachverbände zu Konkurrenten ihrer eigenen Mitglieder um Fördermittel würden.

Dass gerade in der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage die erfolgreich aufgebauten Angebote der Dachverbände vor dem Aus stehen, ist kaum zu begreifen. Vor dem Hintergrund steigender rechter, rassistischer und antisemitischer Straftaten und einer verunsicherten und herausgeforderten Zivilgesellschaft steigen auch die Beratungsanfragen und der Unterstützungsbedarf von Bürgerbündnissen, Verwaltungen, Verbänden, kirchlichen Einrichtungen, Schulen und Bildungseinrichtungen und vielen anderen zivilgesellschaftlichen Kräften. Daher brauchen die Kolleg*innen in den Beratungsteams Unterstützung, länderübergreifende Zusammenarbeit und eine gemeinsame Stimme.

Wir bitten daher Ministerin Giffey, diesen Webfehler in der Neustrukturierung des Bundesprogramms zu korrigieren und die Arbeit der Dachverbände abzusichern. Der BMB arbeitet im Namen der durch ihn vertretenen Beratungsteams und Berater*innen konstruktiv an Lösungen mit und hofft weiterhin auf einen gemeinsamen Weg im Sinne der Arbeit für Demokratie und Menschenrechte.“

Was ist dir eigentlich wichtig?

Übungshandbuch für Peer-Education in der Rechtsextremismusprävention

Tandem NRW teilt mit: „Das Buch beinhaltet alle Übungen und Methoden, die wir in den letzten Jahren über den Ansatz der Peer-Education getestet und die sich auch in unserer täglichen Arbeit im Bereich der Rechtsextremismusprävention bewährt haben.

Darüber hinaus stellen wir uns, unser Präventionsverständnis und unseren Ansatz von politischer Bildung vor und erläutern eine Reihe von Begrifflichkeiten, die den Peer-Trainer*innen

(und Fachkräften) als Hintergrundinformationen zu Schwerpunktthemen der Übungen unter die Arme greifen sollen. Neben ausführlichen Informationen zur Vorbereitung, Durchführung und Reflexion eigener Übungen und ganzer Workshops finden sich außerdem modifizierbare Methoden im Handbuch, die von Fortgeschrittenen selbstständig angeeignet werden können.“

Das Handbuch zum Download unter:

<http://tandem-nrw.de/wordpress/>

neuer deutscher extremismus

Broschüre von Schule ohne Rassismus



Die Bundeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage teilt mit: „In der postmigrantischen Gesellschaft sind nicht nur die Menschen, Küchen, Künste und Religionen bunter und pluralistischer geworden. Den alten und neuen Deutschen steht heute auch ein breiteres Angebot von Extremismen zur Verfügung – mit Anleihen aus der

Türkei, aus Polen, Russland, dem Balkan, dem Nahen Osten und dem alten Deutschland. Dieses Themenheft mit Beiträgen von Pascal Beucker, Kemal Bozay, Julia Gerlach, Sanem Kleff, Nikolai Klimeniouk, Marta Kosłowska, Danijel Majic, Eberhard Seidel und Alia Sembol informiert über diese Neuen Deutschen Extremisten, über Unterschiede genauso wie über Gemeinsamkeiten.“

PDF zum Download und Printversion unter:

<https://m.schule-ohne-rassismus.org/startseite/>

Rassismus ist kein Randproblem

Comicgeschichten für Jugendliche

Die Amadeu Antonio Stiftung teilt mit: „Viele können sich bestimmt noch an die öffentliche Diskussion erinnern: Im Jahr der Fußball-WM in Deutschland 2006 erklärte der Ex-Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye Teile Brandenburgs zu einer ‚No-Go-Area‘ für Ausländer*innen und nicht-weiße Menschen. Dieses Image haftete lange Zeit auch Eberswalde an. Schließlich wurde hier der angolanische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio kurz nach der Wiedervereinigung kaltblütig ermordet. Die Tat und vor allem der unmittelbare Umgang mit ihr führten dazu, dass Eberswalde zu einem Negativsymbol für den Rassismus in den Neuen Bundesländern wurde.

Seitdem hat sich viel bewegt in Eberswalde. Eine engagierte und gefestigte Zivilgesellschaft arbeitet konsequent gegen Rassismus und setzt sich für Toleranz und Integration ein. Mit Erfolg. Eberswalde zeigt sich heute überwiegend als tolerante Kommune, in deren Stadtbild die Viel-

falt sichtbar ist. Das bedeutet auf keinen Fall, dass Rassismus passé ist. Weder in Eberswalde noch anderswo. Fremdenfeindliche Straftaten, Gewalt gegen Flüchtlinge sowie Hass und Hetze im Netz haben in den letzten Jahren zugenommen. Deshalb bleibt es wichtig, über Rassismus aufzuklären.



Dafür steht nun eine neue Handreichung mit dem Titel ‚Rassismus ist kein Randproblem‘ zur Verfügung und zwar in Form eines Comics als Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Bürgerstiftung Barnim Uckermark, der Amadeu

Antonio Stiftung und den vielfach preisgekrönten Berliner Kulturingenieuren. Dieser Comic richtet sich vor allem an Jugendliche. Die Bildgeschichten rekonstruieren die tragische Biographie Amadeu Antonios. Als visuelles Medium ermöglicht der Comic einen leicht verständlichen Einstieg in das komplexe Thema Rassismus. Durch die künstlerische Abstraktion wird der rassistische Mord an Amadeu Antonio nachgezeichnet, ohne einen Anspruch auf die Wahrheit zu simulieren.

Konzipiert und produziert wurde der Comic durch ein erfahrenes Team: Eine Pädagogin, ein Drehbuchautor und eine Buchillustratorin. Sie machen das Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit für junge Menschen zugänglich und erklären Zusammenhänge. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf den Neuen Bundesländern mit

*seinen früheren Vertragsarbeiter*innen. Die sechs kurzen Comicgeschichten sind als Praxismodule aufgebaut und sehr gut geeignet, sich aktiv und kurzweilig mit dem Thema Rassismus auseinanderzusetzen, im Klassenraum ebenso wie an außerschulischen Lernorten.*

Das Projekt wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundesprogramm ‚Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit‘ und von der Stadt Eberswalde und dem Landkreis Barnim, Förderung von Maßnahmen für Demokratie und Toleranz.“

Die Publikation zum Download unter:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/rassismus-ist-keinanderproblem/>

Neu in der Bibliothek

Fake News



Zum Thema ob und wie mit Rechten gesprochen werden soll, liegen inzwischen einige Veröffentlichungen vor. Thorben Prenzels Buch unterscheidet sich davon wohltuend. Zum einen durch die Fokussierung auf „Fake News“, unter denen er alle „schädlichen und manipulativen Informationen“ versteht, die (absichtlich) im Familienkreis, unter Nachbar*innen, Freund*innen und Kolleg*innen oder in den Sozialen Medien verbreitet werden. Zum anderen durch einen leicht verständ-

lichen Schreibstil, der nicht ideologisch überformt ist und besserwisserisch daher kommt, aber dennoch auf eine konsequente Haltung abzielt. So ist der Band eine niedrigschwellige Handlungsanleitung zur Auseinandersetzung mit Verschwörungsideologien. Das reine Sachargument entgegensetzen helfe wenig, so die Grundüberzeugung des Autors, wofür er in den ersten Kapiteln treffende Gründe darlegt. Vielmehr gelte es, Herz UND Hirn anzusprechen. Hierfür hat Prenzel eine Methode entwickelt, die er Triple A nennt. Die drei beschriebenen Kommunikationsstrategien („Überzeugen mit **Argumenten**“, das „Gespräch freundlich **abbrechen**“ und „Selbst **aktiv** werden“) sind wiederum in jeweils drei Einzelschritte unterteilt. Grundlage ist immer die Anerkennung des Gegenüber als Gesprächsperson, das Festhalten an einem

einzuübenden Verlauf und die Fokussierung auf das Wesentliche. Das scheint auf der einen Seite sehr schematisch gedacht, bietet jedoch einem breiten Publikum eine erste Orientierung und Handlungssicherheit auch und gerade für diejenigen, die sich nicht als „Kommunikationsprofis“ begreifen und Fake News trotzdem begegnen wollen. Ergänzt werden müsste die Methode allerdings noch stärker um die Frage, wer mit wem spricht und ob – je nach Gesprächssituation – nicht auch schärfer rote Linien gezogen und Rassismus klar als solcher benannt werden sollte.

Mitunter gerät die Veröffentlichung in Gefahr, zu sehr dem Stil eines populären Motivationstrainings zu verfallen („Sie werden sehen, in der Praxis funktionieren die Argumentationsmuster nicht nur. Sondern werden auch zu einem besseren Miteinander führen. Versprochen!“, S.14-15). Das aber wird durch doch hohen Praxiswert des mit vielen Beispielen angereicherten Bandes wett gemacht. Das einzig Ärgerliche ist nur, dass im Anhang ausgerechnet eine Publikation, an der auch der antisemitische Verschwörungstheoretiker Jan van Helsing mitgewirkt hat, als „eher wissenschaftliche Analyse zum Thema“ empfohlen wird. (kg)

Thorben Prenzel: Fake News. Moderne Lügen entlarven und entspannt reagieren
Wochenschau Verlag, Frankfurt am Main 2019
174 Seiten, 12,90 Euro
ISBN 978-3-7344-0699-7

Die AfD und ihre alternative Nationalerziehung

Für die „Alternative für Deutschland“ habe die politische Bildung hohe Priorität. Das werde einerseits deutlich in Einlassungen wie der Höcke-Rede, in der der Thüringer Parteichef Anfang 2017 eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad gefordert hatte. Andererseits betreffe dies die Krisendiagnose und Rettungsstrategie der Partei überhaupt, so Johannes Schillo, der in dem vorliegenden schmalen Bändchen über bildungspolitische Avancen, Online-Meldeportale der AfD oder die parteinahe Desiderius-Erasmus-Stiftung schreibt. Dabei wurden einige bereits veröffentlichte Beiträge (bspw. im Online-Magazin „Auswege“ der GEW) überarbeitet. Leider erfährt die Leserin/der Leser in der

Gesamtschau nur wenig Neues über die bildungspolitischen Vorstellungen der „Rechtspopulisten“. Dass diese für sich Positionen reklamieren, die schon im Mainstream der politischen Bildung vorhanden oder auch von etablierten Parteien besetzt seien (S. 44), mag zutreffen, ist in einer konsequenten Ausformulierung jedoch fragwürdig. Die Veröffentlichung liefert daher einen interessanten, wenn auch streitbaren Beitrag zur Debatte. (kg)

Johannes Schillo: Die AfD und ihre alternative Nationalerziehung
Klemm & Oelschläger, Ulm 2019
50 Seiten, 10 Euro
ISBN 978-3-86281-142-7

Am rechten Rand

Extrem rechte Parteien bei der Europawahl – Ergebnisse aus dem RB Köln

Die rechtspopulistische AfD blieb bei der diesjährigen Wahl zum Europäischen Parlament auch im Regierungsbezirk Köln unter ihren Erwartungen – in keinem der acht Kreise und vier kreisfreien Städte konnte sie 10 % der Stimmen oder mehr auf sich vereinen. In Düren erzielte die Partei mit 9,68 % ihr bestes Ergebnis. Die Zugewinne im Vergleich zur Europawahl 2014 belaufen sich in allen Kreisen auf unter 5 Prozentpunkten. Auffällig sind die Ergebnisse der drei Großstädte Köln, Bonn und Aachen, wo die Zugewinne der AfD bei jeweils unter einem Prozentpunkt liegen. In Bonn etwa betrug der Zugewinn lediglich 0,21 Prozentpunkte. In der Stadt Aachen blieb die AfD mit 4,97 % sogar knapp unter 5 %.

Die Kleinstpartei „Ab jetzt... Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen“ büßte ebenfalls in allen acht Kreisen und den vier kreisfreien Städten Stimmen ein. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie im Rhein-Sieg-Kreis mit 0,29 % gefolgt von Düren (0,22 %).

Die extrem rechte NPD fuhr nicht nur bundesweit ein sehr schlechtes Ergebnis ein (was sie den einzigen Sitz im Europäischen Parlament kostete), auch im RB Köln verlor sie zahlreiche Stimmen. Im Schnitt brachen der NPD im Vergleich zu 2014 ca. 2/3 der Stimmen weg. Ihr bestes Ergebnis fuhr sie mit 0,27 % noch in Heinsberg ein (2014: 0,92 %). In absoluten Zahlen gesprochen verlor sie etwa im Rhein-Sieg-Kreis fast 1.000 Wähler_innen-Stimmen (2014: 1.370, 2019: 377).

Die neonazistischen Kleinstparteien „Die Rechte“ sowie „Der dritte Weg“ traten in diesem Jahr erstmals zur Europawahl an. „Der dritte Weg“ fuhr bundesweit ein Ergebnis von 0,03 % ein. Im Regierungsbezirk Köln lag das Ergebnis jedoch überall deutlich darunter und bewegte sich zumeist im Bereich von 0,01 % (z.B. in Köln). In der Stadt Aachen holte „Der dritte Weg“ lediglich 5 Stimmen, was 0,004 % der Stimmen entspricht.

„Die Rechte“ erreichte bundesweit 0,07 % der Stimmen. Im RB Köln blieb sie zumeist unter diesem Ergebnis, lediglich im Oberbergischen Kreis und im Rhein-Erft-Kreis kam sie auf 0,07 % und damit auf Bundesniveau. Ihr schlechtestes Ergebnis fuhr sie mit 0,02 % in Köln ein. Die offenkundig hohen Wahlkampf-Anstrengungen vor allem im Rhein-Erft-Kreis führten dementsprechend nicht zu einem erkennbaren Wahlerfolg im bundesweiten Vergleich, wenngleich „Die Rechte“ im Rhein-Erft-Kreis besser abschnitt als in benachbarten Kreisen und kreisfreien Städten. Zum Vergleich: In der kreisfreien Stadt Dortmund erzielte sie 0,26 % der Stimmen und liegt mit diesem Ergebnis deutlich über ihrem bundesweiten Schnitt.

Im Gegensatz zur Europawahl 2014 traten „Die Republikaner“ sowie „pro NRW“ in diesem Jahr nicht zur Wahl an.

Es bleibt festzuhalten, dass die Rechtspopulist_innen zwar ihre Ziele verfehlt, das Ergebnis dennoch zur weiteren Etablierung beiträgt. Von den Kleinstparteien am rechten Rand konnte keine einen Erfolg verbuchen. (kl)

Wahlkampf der NPD im RB Köln



Im Regierungsbezirk Köln konnte die NPD im Europa-Wahlkampf nur wenig auf sich aufmerksam machen. Am 4. Mai wurde der „Wahl-O-Mat“ in der Bundeszentrale für politische Bildung

in Bonn vorgestellt. Die NPD war dort mit Ariane Meise, der stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD aus dem Rhein-Sieg-Kreis vertreten und baute vor dem Veranstaltungsgebäude einen Infostand auf.

Am 15. Mai führte die NPD nach eigenen Angaben eine Wahlkampfkundgebung in „Hückelhofen“ durch – vermutlich meinten sie Hückelhoven. Im Anschluss soll noch eine „Lautsprecherfahrt im Kreis Aachen“ stattgefunden haben. In Köln war die NPD Mitte Mai mehrmals mit einem Transparent „Stoppt die Invasion: Migra-

tion tötet!“ präsent, etwa in Rath-Heumar an der Rösrather Straße oder in Porz am Markt.

Weitere Wahlkampfplakate im öffentlichen Straßenbild sowie in sozialen Netzwerken enthielten die Slogans: „Wir schaffen Schutzzonen. Widerstand jetzt“, „Unsere Frauen sind kein Freiwild. Asylterroristen abschieben!“, „Mehr Abschiebungen = Günstigere Mieten“ oder „Los von Brüssel! Raus aus dieser EU!“. Im Fall des Wahlplakats „Migration tötet“ urteilte u.a. das

Verwaltungsgericht Düsseldorf auf Klage des Oberbürgermeisters von Mönchengladbach, dass Inhalt und Gestaltung der Plakate volksverhetzend sind und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden.

Kurz vor der Europawahl forderte die NRW-NPD auf Facebook zur Wahlbeobachtung auf, „denn gerne verschwinden die ein oder anderen Stimmen, oder sie werden ungütig gemacht“, wie es wörtlich hieß. (kl)

Wahlkampf von „Die Rechte“ im Rhein-Erft-Kreis

In den Wochen vor der Europawahl setzte der Kreisverband Rhein-Erft von „Die Rechte“ seinen Wahlkampf fort. Neben diversen Meldungen über verteilte Flugblätter, die sich kaum überprüfen lassen, veranstaltete man mehrere Kundgebungen im Kreisgebiet, die zumeist unter dem Motto „Ursula Haverbeck ins EU-Parlament“ standen: am 25. April in Bergheim, am 27. April in Kerpen, am 3. Mai in Elsdorf, am 11. Mai in Bedburg, sowie am 18. Mai erneut in Bergheim. Am 20. Mai hielt „Die Rechte“ gleich mehrere Kundgebungen ab. Über den Tag verteilte führte man in Köln-Meschenich, Brühl, Kerpen und Düren Kundgebungen durch. Die Veranstaltung in Brühl erlangte dabei größere Aufmerksamkeit, zum einen, weil an einem Montagnachmittag 200 Personen auf dem Brühler Markt lautstark gegen „Die Rechte“ protestierten und zum anderen, weil es vor Ort zu Auseinandersetzungen zwischen den ca. acht Rechten und den Demonstrant_innen kam. Neben Markus Walter waren auch der DR-Landesvorsitzende Sascha Krolzig (Hamm) sowie sein Stellvertreter Michael Brück (Dortmund) zugegen. Auch der bekannte Dortmunder Neonazi Siegfried Borchardt begleitete den Tross, nachdem er kurz zuvor seine Haftstrafe abgesessen hatte. In Köln und Düren kam es ebenfalls zu Protesten gegen „Die Rechte“.

Neben Kundgebungen im Rhein-Erft-Kreis beteiligte sich der Kreisverband auch an überregionalen Veranstaltungen der eigenen Partei. Am 1. Mai zog man in einer Demonstration durch Duisburg und am 3. Mai durch den Dortmunder Stadtteil Dorstfeld. Am 7. Mai beteiligte man sich an einer Kundgebung vor der JVA Bielefeld-

Brackwede anlässlich des Haftantritts von Ursula Haverbeck am 7. Mai 2018. Zum Abschluss des Wahlkampfs fand zudem am 25. Mai eine weitere Kundgebung in Dortmund statt, die unter dem Motto „70 Jahre BRD? – Wir feiern nicht!“ stand.

Die Wahlplakate „Wir hängen nicht nur Plakate!“ sowie „Israel ist unser Unglück!“ beschäftigten verschiedene Gerichte in Deutschland. Das Landgericht Düsseldorf kam zu dem Urteil, dass einzelne Plakate von „Die Rechte“ den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen, woraufhin neben Duisburg, Gelsenkirchen und weiteren NRW-Städten auch die Stadt Bedburg (Rhein-Erft-Kreis) Plakate der neonazistischen Partei abhängen ließ. Der Bedburger Bürgermeister Sascha Solbach erklärte hierzu: „Bedburg ist eine menschenfreundliche und offene Stadt. Hier fühlen sich die Menschen wohl und werden respektiert. Deshalb empfinde ich die Plakate nicht nur persönlich als geschmacklos und demokratiefeindlich, sondern ich sehe sie als einen aggressiven Aufruf zur Verletzung der Menschenrechte und einen Angriff auf die Menschenwürde.“

Inmitten des Wahlkampfs dokumentierte der DR-Kreisverband Rhein-Erft außerdem eine „traditionelle Gräberpflege“ auf der eigenen Website, die am 4. Mai in Anlehnung an die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 auf dem Friedhof in Pulheim-Stommeln stattgefunden haben soll. Auf Fotos sind u.a. die sogenannten Lebens- und Todesrunen zu sehen, die in Blumenform vor den Gräbern eingepflanzt wurden. (kl)

Antisemitischer Vorfall auf 1. Mai-Demonstration in Köln

An der 1. Mai-Demonstration in Köln hatten zwei Frauen und ein Mann teilgenommen, die bereits durch ihre Unterstützung rechter Aktivitäten aufgefallen waren (beispielsweise bei einer Kundgebung im letzten Jahr gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz). Darauf angesprochen, fielen durch den Mann Parolen wie „1. Mai judenfrei“. Daraufhin gab es eine Anzeige, die weitere Teilnahme dieser Personengruppe an

der Demonstration wurde unterbunden. Ob der Slogan sich affirmativ auf die Ausgrenzung von Juden und Jüdinnen bezog oder ob damit – wie im rechtspopulistischen Spektrum nicht unüblich – gemeint war, dass man als rechter Aktivist quasi den Juden gleich ausgegrenzt werde, konnte nicht geklärt werden. Antisemitisch ist der Spruch alle Male. (kg)

„Widerstand steigt auf“ erneut in Köln

Die identitäre Kleinstgruppe „Widerstand steigt auf“ war erneut an mehreren Samstagen in der Kölner Innenstadt präsent. Am 27. April sowie am 18. Mai führte man auf dem Wallrafplatz in Domnähe einen „Infostand Zukunft Europa“

durch, am 11. Mai war die Gruppe in gleicher Mission auf dem Alter Markt zugegen. Wie schon in den Wochen zuvor, fokussierte man sich inhaltlich auf die Europawahl und das Thema Wahlbeobachtung. (kl)

„Konferenz der Freien Medien“ in Berlin

Auf Einladung der AfD-Bundestagsfraktion kamen am 12. Mai der Partei nahestehende rechte Medien und Blogger in Berlin zur sogenannten „1. Konferenz der Freien Medien“ zusammen. Wie ZEIT Online berichtete, diente die Konferenz, die im Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages in Berlin stattfand, als „Weiterbildungs- und Vernetzungsveranstaltung“ – vor allem mit der sogenannten „Vereinigung der Freien Medien“. Dieser Verein besteht aus mehreren Blogs und Portalen des islamfeindlichen, verschwörungstheoretischen und extrem rechten Spektrums wie „Politically Incorrect“ (PI-News), „Die Unbestechlichen“, „Journalistenwatch“, „Widerstand steigt auf“, „Okzident Media“ und „Philosophia Perennis“. „Okzident Media“ ist beispielsweise ein Medienprojekt von Daniel Fiß, bundesweit bekannte Führungsfigur der „Identitären Bewegung Deutschland“. Journalist_innen der sogenannten „Mainstreammedien“ waren bei der Konferenz nicht zugelassen.

ZEIT Online dokumentierte Teile des Einladungsschreibens von der AfD-Bundestagsfraktion. Ziel der Veranstaltung sei es demnach zu diskutieren, wie der „Austausch von Informationen unserer parlamentarischen Arbeit aus dem Deutschen Bundestag zu den freien Medien in Zukunft besser und effizienter gestaltet werden kann“. Weiterhin verfolge man den „Ausbau der freien und sachlichen Berichterstattung“. Unter anderem gab es eine Podiumsdiskussion

zwischen Petr Bystron, Uwe Schulz (beide Teil der AfD-Bundestagsfraktion), Michael Stürzenberger (ehemaliger Bundesvorsitzender der inzwischen aufgelösten rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“) sowie Dr. David Berger (Vorsitzender der „Vereinigung der Freien Medien“).

Berger schwärmte im Nachgang von der Veranstaltung als einer „Sternstunden des Journalismus“, die „ein historisches Ereignis für die freien Medien“ bedeute. „Aus den von der Konkurrenz und selbsternannten Fakenewswächtern in die Schmutzdecke Gedrängten“, so der Wortlaut, sei „unübersehbar ein wichtiger Faktor unseres demokratischen Rechtsstaates geworden.“

Ca. 100 Personen sollen an der Netzwerkkonferenz teilgenommen haben, darunter mehrere Personen aus dem Regierungsbezirk Köln: Ulrike Haun, Hauptakteurin der identitären Kleinstgruppe „Widerstand steigt auf“, stellte auf der Konferenz die eigene Arbeit vor. Der Kölner Rechtsanwalt Prof. Dr. Ralf Höcker referierte zum Thema „Journalistische Ethik und Sorgfalt in Zeiten von Fake News“ und sprach über juristische Gefahren bei der Öffentlichkeitsarbeit. Yannick Noé (AfD Leverkusen und Arcadi Magazin) nahm zudem ebenso an der Veranstaltung teil wie der Blogger Miró Wolsfeld aus dem Raum Bonn, der mit seinem Youtube-Kanal „UNBLOGD“ der „Identitären Bewegung“ nahe steht. (kl)

„Demo für alle“-Vortrag in Bonn

Am 16. Mai wollte die konservative Hochschulgruppe „Studentisches Kulturforum Bornwasser“ in der Uni Bonn eine Veranstaltung mit dem Referenten Alexander Tschugguel durchführen, der die Initiative „Demo für alle“ vorstellen wollte. Wie „Bonn FM“, das Hochschulradio der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, berichtete, kam es dazu jedoch nicht, weil der Vortrag vom Protest von ca. 200 Studierenden begleitet wurde und die Veranstaltung deshalb nicht wie geplant stattfinden konnte. Wie „Bonn FM“ berichtete, zog sich der Protest lautstark und friedlich über eineinhalb Stunden hin, weshalb sich die Veranstalter letztlich dazu entschieden, den Vortrag unter Ausschluss der Öffentlichkeit in einem Verbindungshaus stattfinden zu lassen.

In den Jahren 2017 und 2018 veranstaltete das christlich-fundamentalistische Bündnis „Demo

für alle – Familie, Ehe, Leben“ Kundgebungen auf dem Bahnhofsvorplatz in Köln. Die homo- und transfeindliche Initiative hetzt unter anderem gegen die gleichgeschlechtliche Ehe. Seinen Anfang nahm das Bündnis 2014 im Zuge von Protesten gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, damals noch als „Initiative Familienschutz“, die maßgeblich von der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch gesteuert wird. Zentrale Kritikpunkte waren unter anderem eine geplante Aufklärung der Landesregierung über LGBTI sowie die Zielsetzung, sich für eine Akzeptanz von Homo- und Transsexuellen einzusetzen. Seitdem hetzt die erzkonservative Initiative gegen Nicht-Heterosexuelle und bekämpft deren gesellschaftliche Emanzipation mit Kampfbegriffen wie „Gender-Ideologie“ und „Frühsexualisierung“. (kl)

Bildnachweise:

- S. 2: Jörn Neumann/NS-DOK (o.), Dokumentationszentrum Reichsparteitaggelände Nürnberg (M.),
S. 3: Institut für Zeitgeschichte, München (o.), NS-DOK (M.)
S. 4: HR_zeroonefilm (o.), emons-Verlag (u.)
S. 5: Verein EL-DE-Haus e.V.
S. 6: TH Köln (o.), Initiative „Love Storm“ (u.)
S. 7: Centrum Schwule Geschichte Köln (o.), Caritas Bonn (M.)
S. 9: MEYER ORIGINALS (o.), Friedensbildungswerk (M.)
S. 10: Arbeitskreis für Intergenerationelle Folgen des Holocaust
S. 12: Bühne der Menschenrechte
S. 13: Imperial War Museum Collection (William Orpen: The Signing
of Peace in the Hall of Mirrors (Ausschnitt))
S. 14: Soufeina Hamed/ÖGG (o.), P. Kramer (u.)
S. 15: anonym eingesandt
S. 17: SoR (M.), Kitty Kahane/Bürgerstiftung Barnim (u.)
S. 19: Wochenschau-Verlag
S. 20: kvfr

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.